Projekt

Initiator*innen: Matthias Schneider (KV Duisburg)

Titel: **„Bildung und Teilhabe“-Paket komplett für die Kinder einsetzen**

Projektbeschreibung (Welche Maßnahmen stecken im Projekt?)

Alle Kinder sollen in unserer Stadt teilhaben. Dabei geht es um Mitgliedschaft in einem Sportverein, um Musikunterricht, Ausflüge, Mittagessen, Lernförderung, Stadtranderholung und viele andere Dinge.

Für Kinder aus einkommensschwachen Familien gibt es besondere Mittel, die sogenannten BuT-Mittel (Bildung und Teilhabe). Die Gelder kommen aber nicht einmal zur Hälfte in den Familien an. Wir wollen Kinder entdecken, die Bedarf haben. Wir wollen, dass bei den Anträgen geholfen wir. Wir wollen, dass es Standard wird, diese BuT Anträge einzureichen.

Wir wollen, dass die Bearbeitungszeiten auf maximal 4 Wochen gesenkt werden.

Viele Kinder und Jugendliche wissen nicht, was ihnen entgeht, viele Eltern wollen die Anträge nicht ausfüllen oder können es nicht. In vielen Schulen ist kein Klima der Selbstverständlichkeit, dass alle Berechtigten auch diese Möglichkeit diskriminierungsfrei nutzen sollten.
Wir Grünen wollen das ändern. Wir wollen mit diesem Projekt die Nutzung der Mittel auf über 90 % steigern. Dazu wollen wir die folgenden Möglichkeiten nutzen:

- Die Antragstellung soll vereinfacht werden. In jeder Schule und jeder Kita soll es dazu eine verantwortliche Person geben, die Anträge ausfüllt und mit den Eltern koordiniert, dass der Antrag auf den Weg gebracht wird. Diese Person soll zudem Kinder und Jugendliche erkennen, die Bedarf nach zusätzlichen Leistungen haben und diese ggf. ansprechen. Dies soll selbstverständlich in Zusammenarbeit mit den Lehrer*innen und den

Erzieher*innen geschehen.

- Zu den Möglichkeiten, die BuT bietet, sollen die Familien vollumfänglich informiert werden. Dazu soll es eine mehrsprachige Broschüre geben, die an alle verteilt wird. Diese soll überall, wo Kinder und Jugendliche sich regelmäßig aufhalten, zur Verfügung stehen.

- Die Duisburg-Card soll die Berechtigungen aus dem BuT-Paket enthalten.

- In den Bürger-Service-Stationen, bei Elternabenden, in den Schulen, in den Kindertagesstätten, in den Jobcentern und bei der Arbeitsagentur, in den Musikschulen, bei allen Gelegenheiten soll aktiv über die Möglichkeiten des BuT-Paketes informiert werden. Überall dort, wo Menschen Anträge bearbeiten lassen müssen oder andere Beratung bekommen können, soll es auch Beratung und Hilfe zu BuT geben.

Bis wann können wir das Projekt umsetzen?

Dieses Projekt kann praktisch sofort umgesezt werden, lediglich die Besetzungsverfahren für neue Stellen im Bereich der Schulsozialarbeit brauchen etwas Zeit.

Welche Gruppen/Initiativen/Ebenen müssen wir mitdenken?

Die heute bereits vorhandenen Schulsozialarbeiter*innen müssen einbezogen werden. Die Lehrer*innen müssen einbezogen werden. Die Sportvereine, der Stadtsportbund, die Musikschulen, die Kulturveranstalter*innen und andere Anbieter von Veranstaltungen müssen mit ins Boot.

Welche Synergie-Effekte gibt es? An welche Projekte könnte dieses Projekt angedockt werden?

Das Projekt sollte an ein Projekt zur Stärkung und Verstetigung der Schulsozialarbeit in Duisburg angedockt werden. Ebenso ergibt sich ein Synergieeffekt mit dem Projekt für mehr Vilefalt in den Sportvereinen.

Das Projekt sollte an das Projekt Duisburg-Card angedockt werden (s.o.).

Querschnittsprojekt aus den AKen Bildung, Sozialpolitik und Kultur

Zusammenfassung der Ergebisse der Diskussionen von Matthias. Text überarbeitet und verabschiedet im AK Sozialpolitik am 08.01.2020

Begründung

Das Bildungs- und Teilhabe-Paket (BuT) des Bundes erlaubt es, Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien Zugang zu Bildung, Sport, Kultur und Freizeit in der Kommune zu ermöglichen, die sie ohne diese finanziellen Mittel nicht wahrnehmen dürften. Dabei geht es um Mitgliedschaft in einem Sportverein, um Musikunterricht, Ausflüge, Mittagessen, Lernförderung, Stadtranderholung usw.

Die Mittel werden allerdings lange nicht komplett abgerufen und eingesetzt. Das liegt an dem bürokratischen System, das der Bund vorschreibt. Viele Kinder und Jugendliche wissen nicht, was ihnen entgeht, viele Eltern wollen die Anträge nicht ausfüllen oder können es nicht. In vielen Schulen ist kein Klima der Selbstverständlichkeit, dass alle Berechtigten auch diese Möglichkeit diskriminierungsfrei nutzen sollten.